

PRESSEMITTEILUNG

DGB-Rentenreport Bremen 2017: Altersarmut und prekäre Beschäftigung im Land Bremen nehmen zu

01.09.17

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Bremen-Elbe-Weser hat einen Bericht zur Situation der Rentnerinnen und Rentner im Land Bremen vorgelegt. Der Report belegt, dass in Bremen die Gefahr der Altersarmut steigt. Ein Hauptgrund stellt der hohe Anteil atypischer Beschäftigung dar. Damit wird der rentenpolitische Handlungsbedarf deutlich. „Der DGB dringt deshalb vor der Bundestagswahl auf einen rentenpolitischen Kurswechsel. Ziel muss es sein, jedem Menschen ein Leben im Alter ohne Armut und in Würde zu ermöglichen“, fordert **Annette Düring**, Vorsitzende des DGB in Bremen.

Im Land Bremen bezogen 2015 rund 154.000 Menschen Rente, was einen Anteil von 23,2 Prozent der Gesamtbevölkerung von Bremen ausmacht. Die durchschnittliche gesetzliche Altersrente im Rentenbestand in Bremen betrug 1.093 Euro für Männer und 620 Euro für Frauen. Das ist zwar nominal mehr als im Jahr 2000, real ist jedoch ein Kaufkraftverlust zu verzeichnen.

Im Durchschnitt erhielten Arbeitnehmende in Bremen 2015 mit 64,5 Jahren eine Altersrente und damit 1,4 Jahre später als noch 2005. Das allgemeine Renteneintrittsalter steigt im langfristigen Vergleich an. Das ist auf vermehrte gesetzliche Eingriffe zurückzuführen, wie z.B. die Einführung und Ausweitung von Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbeginn oder die Rente mit 67.

2015 lag der Anteil atypischer Beschäftigung in Bremen bei 41,2 Prozent und lag dabei sogar über dem Bundesdurchschnitt von 39,3 Prozent. Ein Grund für die geringen Renten im Land Bremen ist der hohe Anteil atypischer Beschäftigung. Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit und Befristung führen zu Brüchen in den Beschäftigungsbiografien. 65,8 Prozent der atypisch Beschäftigten in Bremen sind Frauen. Auffallend sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede, die auf differenzierte Erwerbsbiografien, Teilzeitbeschäftigung und unterschiedliche Lohnniveaus zurückzuführen sind. Auch wenn erfreulicherweise festzustellen ist, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen zunimmt, wird diese Entwicklung gleichzeitig durch die Zunahme prekärer Beschäftigung gebremst. Die Folgen sind schlechtere Rentenerwartungen für Frauen. Während 27,7 Prozent der Neurentnerinnen 2015 unter 300 Euro Rente im

Region Bremen-Weser-Elbe

PM 17

Johanna Waldeck
Jugendbildungsreferentin
DGB Bremen-Elbe-Weser

johanna.waldeck@dgb.de

Telefon: 0421 3357621
Telefax: 0421 3357660
Mobil: 0170 6342495

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen

Monat erhielten, waren es bei Männern 14,8 Prozent. „Niedriglöhne und prekäre Jobs führen zu niedrigen Renten, von denen keiner leben kann. Die Basis für eine gute Rentenpolitik sind deshalb gute tarifliche Löhne und sichere Arbeitsplätze“, schildert **Annette Düring**.

Das größte Sorgenkind bleibt die Erwerbsminderungsrente. Im Jahr 2015 bezogen über 6.350 Menschen in Bremen Erwerbsminderungsrente. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen ihre Rente aufstocken müssen. Im Jahr 2015 bezogen über 15.300 Menschen in Bremen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Sie stieg von 8,9 Prozent im Jahr 2005 auf 17,6 Prozent im Jahr 2015. Dies stellt eine dramatische Erhöhung dar. Bei keiner anderen gesellschaftlichen Gruppe stieg die Armutsgefährdungsquote im selben Zeitraum so extrem an.

„Der DGB Bremen und seine Mitgliedsgewerkschaften kritisieren an der Bundesregierung, dass sie nichts gegen den Sinkflug des gesetzlichen Rentenniveaus unternimmt und sich der Altersarmut entgegenstellt“, fasst **Annette Düring** die Ergebnisse des Berichts zusammen. „Um Altersarmut entgegenzuwirken und das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, brauchen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik“.

Der DGB fordert deshalb, dass das Rentenniveau sofort bei 48 Prozent stabilisiert und im nächsten Schritt auf 50 Prozent angehoben wird. Außerdem muss die Rentenversicherung mittelfristig als Erwerbstätigenversicherung Selbstständige und politische Mandatsträger einschließen. Betriebsrenten sollen gestärkt, Zeiten für Pflege von Angehörigen und für Aus- und Weiterbildung stärker anerkannt sowie die Erwerbsminderungsrente deutlich verbessert werden.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Annette Düring und Johanna Waldeck.